



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit erhöhen –
Politische Bildung stärken
(Kap. 10 07 TG 78)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 werden die Mittel in der TG 78 „Ausgaben für Jugendarbeit“ im Jahr 2017 und im Jahr 2018 jeweils um 2 Mio. Euro erhöht.

Die Mittel dienen der Stärkung der politischen Bildungsarbeit und dabei insbesondere dem Ausbau der außerschulischen Jugendbildung. Die entsprechenden Angebote und Projekte der Jugendbildungsstätten, Jugendgästehäuser, des Bayerischen Jugendrings, der Jugendverbände und des Rings Politischer Jugend werden weiter ausgebaut. Besondere Schwerpunkte sollen dabei auf Demokratieerziehung und Demokratieförderung, Fachprogramme für Umweltbildung und eine geschlechtersensible Jugendarbeit, die Förderung der Medienkompetenz und Medienpädagogik, den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste sowie ein Programm zur Förderung der Akzeptanz von sexueller Vielfalt und zur Bekämpfung von Homophobie und Transphobie gelegt werden. In diesem Zusammenhang müssen auch die Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms Integration des Bayerischen Jugendrings und zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit weiter ausgebaut und gestärkt werden.

Begründung:

Jugendverbände und Jugendorganisationen fordern bereits seit langem eine Stärkung der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsangebote für Jugendliche. Neben einer Stärkung der politischen Bildung in den Lehrplänen bayerischer Schulen geht es dabei vor allem um eine Stärkung der Jugendverbandsarbeit und einen Ausbau der außerschulischen Bildungsangebote für junge Menschen. Bereits die Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ hat in ihrem Abschlussbericht 2008 eine Stärkung der politischen Bildungsarbeit für und mit jungen Menschen gefordert.

Angesichts der Klagen über eine wachsende Politikverdrossenheit der jungen Generation und einer verbreiteten negativen Einstellung gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Institutionen, ist eine Aufwertung der politischen Bildung und eine Förderung demokratischer Bildung und Teilhabe dringend erforderlich. Neben der allgemeinen Demokratieerziehung und Demokratieförderung sollte es besondere Fachprogramme für Umweltbildung, für eine geschlechtersensible Jugendarbeit und gegen die Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit oder der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung geben. Zur Stärkung einer demokratischen politischen Kultur gehören auch die Förderung der Medienkompetenz von Jugendlichen und ihren Eltern und der Ausbau entsprechender medienpädagogischer Angebote. Auch das ehrenamtliche Engagement junger Menschen sollte über einen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste gestärkt werden.

Eine große Herausforderung ist die bessere Öffnung der Angebote der Jugendarbeit für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die in der Arbeit der Jugendverbände immer noch stark unterrepräsentiert sind. Dies erfordert eine interkulturelle Öffnung der Jugendverbände und politischen Jugendorganisationen und eine Weiterentwicklung der Selbstorganisation von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Förderung der Integration in der Jugendarbeit muss dabei auch finanziell langfristig abgesichert werden. Dies erfordert eine Umstellung von der kurzfristigen Projektförderung auf eine langfristige Regelförderung entsprechender Angebote.